

V1072/18  
öffentlich



AfD Kreisverband IN/EI – Postfach 100 331 – 85003 Ingolstadt

Herrn Oberbürgermeister  
Dr. Christian Lösel

Datum 03.12.2018

Telefon (0841) 66 227

E-Mail ulrich.bannert@t-online.de

Gremium	Sitzung am
Stadtrat	04.12.2018

**Änderung Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen des Stadtrats vom 25.06.2018/26.07.2018 zur Vermietung städtischer Räume an Rechtsextreme - Änderungsantrag von Stadtrat Bannert, AfD vom 03.12.2018**

**Antrag:**

Der Antrag der Faktion Bündnis90/Die Grünen ist auch in der geänderten Form abzulehnen.

**Begründung:**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren Mitglieder des Stadtrates,

bereits die Einführung zum Antrag lässt erkennen, wie die Fraktion die nachfolgend genannten Begrifflichkeiten des Antrags bzw. der späteren Mietverträge auslegen will: Sie bezieht sich abermals isoliert auf den Rechtsextremismus und lässt den Linksextremismus sowie andere verfassungsfeindliche Ideologien und Bestrebungen wie den Islamismus außer Betracht. Zwar sind die verwendeten Begriffe vordergründig neutral formuliert, dennoch zeigt sich aber immer noch die intendierte Grundrichtung einer staatlichen, politisch linksgerichteten Gesinnungsschnüffelei und -diktatur sowie der Beschneidung des Grundrechtes auf Meinungsfreiheit.

Weiterhin ist es logisch ziemlich sinnbefreit, ohnehin verbotene Handlungen nochmals vertraglich zu verbieten („widerrechtliche Inhalte“).

Die Deutungshoheit über sehr auslegungsbedürftige Begriffe wie „politisch extrem“, „rassistisch“, „antidemokratisch“ sowie auch „revisionistisch“ sollte auf keinen Fall isoliert in den Händen politisch linksgerichteter Kräfte liegen.

Wir möchten in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass auch der Rassismus gegenüber Deutschen im Zunehmen begriffen ist sowie revisionistische Bestrebungen auch im linken Spektrum verortet werden können (z.B. Deutschland wurde nach dem Krieg von den Türken wiederaufgebaut).

Bei der Vermietung städtischer Räumlichkeiten sollte daher wie bisher auf die Selbstverantwortung unserer Ingolstädter Bürger vertraut werden sowie auf eine angemessene Definition und Auslegung der genannten Begriffe im gesellschaftlichen und politischen Diskurs, wie es in einer freiheitlichen Demokratie auch erwartet werden darf.

Mit freundlichen Grüßen

Ulrich Bannert  
Stadtrat